

Satzung für den Bezirksverband Düsseldorf der Partei Alternative für Deutschland

in der Fassung vom 15. Juni 2024

Inhalt

- § 1 – Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet
- § 2 – Gliederung
- § 3 – Mitgliedschaft
- § 4 – Organe des Bezirksverbandes
- § 5 – Der Bezirksparteitag
- § 6 – Der Bezirksvorstand
- § 7 – Wahlkreisversammlungen
- § 8 – Bundesdelegierte
- § 9 – Satzungsänderung
- § 10 – Datenschutz
- § 11 – Auflösung und Verschmelzung
- § 12 – Salvatorische Klausel, Inkrafttreten dieser Satzung

§ 1 – Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

- (1) Der Bezirksverband trägt den Namen der Partei Alternative für Deutschland mit der nachgestellten Bezirksbezeichnung Düsseldorf.
- (2) Der Bezirksverband (BV) hat seinen Sitz in Düsseldorf. Das Tätigkeitsgebiet entspricht dem Regierungsbezirk Düsseldorf.
- (3) Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 2 – Gliederung

- (1) Der Bezirksverband ist Teil des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und des Bundesverbandes, deren Satzung dieser Bezirkssatzung vorgehen.
- (2) Der Bezirksverband gliedert sich in Kreisverbände, die auf Beschluss des Landesvorstands gegründet werden.
- (3) Die nachgeordneten Kreisverbände haben Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Die Satzungen der Kreisverbände dürfen der Bezirkssatzung jedoch nicht widersprechen Soweit die Satzung einer Untergliederung zu einem Gegenstand keine Regelung enthält oder eine

Satzung nicht vorhanden ist, sind die Vorschriften dieser Bezirkssatzung entsprechend anzuwenden.

(4) Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen zur Europa-, Bundes- und Landtagswahl sind die Kreisverbände an die Weisungen des Bezirksvorstandes gebunden, der selbst Weisungen vom Landes- und Bundesvorstand folgt.

(5) Im Innenverhältnis haftet der Bezirksverband für Verbindlichkeiten eines nachgeordneten Kreisverbandes nur, wenn er dem die Verpflichtung begründenden Rechtsgeschäft zugestimmt hat.

§ 3 – Mitgliedschaft

(1) Für die Mitgliedschaft gelten die Bestimmungen der Bundessatzung.

(2) Die Mitglieder des Landesverbands werden vom Landesverband aufgenommen und verwaltet, soweit dieser die Aufgaben nicht an nachgeordnete Gebietsverbände delegiert hat.

(3) Bei entsprechender Delegation nimmt der Bezirksvorstand auf.

§ 4 – Organe des Bezirksverbandes

Organe des Bezirksverbandes sind:

- a) der Bezirksparteitag,
- b) der Bezirksvorstand,
- c) die Wahlkreisversammlungen.

§ 5 – Bezirksparteitag

(1) Der Bezirksparteitag ist das oberste Organ des Bezirksverbandes. Er ist als ordentlicher oder außerordentlicher Bezirksparteitag einzuberufen.

(2) Aufgaben des Bezirksparteitages sind die Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen des Bezirksverbandes. Der Bezirksparteitag beschließt insbesondere über die Bezirkssatzung. Er kann sich eine Geschäftsordnung geben, bis dahin gilt die Geschäftsordnung des Landesverbandes.

(3) Der Bezirksparteitag wählt den Bezirksvorstand sowie die Rechnungsprüfer jeweils für zwei Jahre. Nachgewählte Vorstandsmitglieder amtieren bis zum Ende der regulären Amtszeit.

(4) Zum Mitglied des Bezirksvorstands, als Rechnungsprüfer und Bundesparteitagsdelegierte können auch Abwesende gewählt werden, wenn sie vor der Wahl gegenüber dem Bezirksvorstand schriftlich ihre Kandidatur, die Annahme der Wahl erklärt und bei Vorstandswahlen die 3 Pflichtfragen beantwortet haben.

(5) Der Bezirksparteitag nimmt jedes Jahr den Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstands entgegen und fasst über ihn Beschluss.

(6) Der Bezirksparteitag findet als Delegiertenversammlung (Vertreterversammlung) mit folgender Zusammensetzung statt:

a) Der Bezirksparteitag besteht im Regelfall aus 150 von den Kreisverbänden entsandten Delegierten. Die Delegiertensitze werden den Kreisverbänden nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren zugeteilt. Maßgeblich ist die Mitgliederzahl an dem Quartalersten, welcher der Einladung unmittelbar vorausgeht. Entfällt danach der letzte zu vergebende Sitz auf mehrere Kreisverbände gleicher Mitgliederzahl, erhalten sie jeweils einen Sitz; die Gesamtgröße des Parteitags erhöht sich entsprechend. Wäre ein Kreisverband nach seiner Mitgliederzahl nicht vertreten, erhält er gleichwohl einen Delegierten; die Gesamtgröße des Parteitags erhöht sich entsprechend.

b) Im Übrigen sind die Mitglieder des Bezirksvorstandes kraft Satzung Mitglieder des Bezirksparteitages. Sie sind dabei gemäß § 9 Abs. 2 Parteiengesetz nur bis zu einem Fünftel der satzungsgemäßen Gesamtzahl der Versammlungsmitglieder mit Stimmrecht ausgestattet, und zwar der Sprecher des Bezirksvorstands zuerst, danach die stellvertretenden Sprecher nach Wahlreihenfolge, der Schatzmeister, der Schriftführer und nach ihnen die Beisitzer des Bezirksvorstands in Wahlreihenfolge.

Die Delegierten sind dem Bezirksvorstand von den jeweiligen Kreisverbänden mit einer Frist von zehn Tagen zum Datum des Bezirksparteitags mitzuteilen.

(7) Mitglieder, die für die zurückliegende Zeit ihrer Mitgliedschaft mit ihren Mitgliedsbeiträgen für mindestens drei Monate säumig sind, haben auf dem Bezirksparteitag kein Stimmrecht und finden bei der Berechnung der Mitglieder nach Abs. 7 b. keine Berücksichtigung.

(8) Ein ordentlicher Bezirksparteitag findet jährlich statt. Er wird vom Bezirksvorstand unter Mitteilung von Tagesordnung, Tagungsort, Datum und Uhrzeit mit einer Frist von zwei Wochen an die Mitglieder bzw. nachgeordneten Kreisverbände einberufen. Eine Einladung per E-Mail ist möglich. Im Falle einer Verlegung muss in der gleichen Art eingeladen und eine Frist von einer Woche gewahrt werden.

(9) Anträge zum Bezirksparteitag sind beim Bezirksvorstand mit einer Frist von 10 Tagen vor dem Parteitag einzureichen und vor dem Parteitag zu verschicken. Dringlichkeitsanträge sind auch noch auf dem Parteitag möglich, wenn sie von mindestens zehn Prozent der Delegierten oder dem Vorstand unterstützt werden.

(10) Außerordentliche Bezirksparteitage müssen durch den Bezirksvorstand unverzüglich einberufen werden, wenn dies schriftlich unter Angabe der Gründe beantragt wird durch entweder

- a. Beschlüsse von mindestens acht Kreisverbänden,
- b. mindestens 25 Prozent aller Mitglieder des Bezirksverbandes,
- c. mindestens 50 Prozent aller stimmberechtigten Delegierten gemäß Abs. 6,
- d. Beschluss des Bezirksvorstandes oder

e. Beschluss des Landesvorstandes.

Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen; sie kann in besonders eilbedürftigen Fällen bis auf fünf Tage verkürzt werden.

(11) Zwischen zwei außerordentlichen Bezirksparteitagen muss ein Mindestzeitraum von drei Monaten liegen, es sei denn, der Landes- oder der Bezirksvorstand beschließt einen kürzeren zeitlichen Abstand.

(12) Der Bezirksparteitag wird durch einen Vertreter des Bezirks- oder Landesvorstandes eröffnet. Seine Aufgabe besteht ausschließlich darin, die Wahl einer Versammlungsleitung durchzuführen.

(13) Der Bezirksparteitag und die Beschlüsse werden durch eine vom Bezirksparteitag bevollmächtigte Person beurkundet. Diese Dokumentation ist dem Landesvorstand und den Kreisverbänden innerhalb von acht Wochen schriftlich oder per E-Mail zuzustellen.

§ 6 – Bezirksvorstand

(1) Der Bezirksvorstand besteht aus einem Sprecher, bis zu drei stellvertretenden Sprechern, dem Schatzmeister und bis zu einem Schriftführer, die den inneren Vorstand bilden, sowie bis zu sechs Beisitzern. Er darf gemäß den gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland nicht mehrheitlich mit ausländischen Bürgern besetzt werden. Über die Anzahl der stellvertretenden Sprecher und Beisitzer entscheidet der Bezirksparteitag vor den entsprechenden Wahlgängen.

(2) Der Bezirksvorstand kann durch Beschluss weitere Mitglieder ohne Stimmrecht kooptieren. Insbesondere soll aus jedem Kreisverband ein Mitglied durch Wahl oder Kooption im Vorstand vertreten sein.

(3) Der Bezirksvorstand tritt mindestens einmal vierteljährlich real oder per fernmündlicher Konferenz zusammen. Er wird vom Sprecher oder bei dessen Verhinderung von einem seiner Stellvertreter schriftlich oder per E-Mail mit einer Frist von einer Woche unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristiger erfolgen.

(4) Der Bezirksvorstand beschließt über alle organisatorischen und politischen Fragen den Regierungsbezirk Düsseldorf betreffend im Sinne der Beschlüsse des Bezirksparteitages. Beschlüsse werden, soweit nicht anders geregelt, mit einfacher Mehrheit getroffen, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Bezirksvorstandes anwesend ist bzw. fernmündlich teilnimmt, darunter mindestens zwei Mitglieder des inneren Vorstands. Bei Stimmgleichheit gelten Beschlüsse als abgelehnt.

(5) Die Mitglieder des inneren Bezirksvorstandes sind die gesetzlichen Vertreter des Bezirksverbandes (Vorstand gemäß § 26 BGB). Zwei Mitglieder des inneren Vorstands vertreten den Verband gemeinsam, soweit es sich um schuldrechtliche Verpflichtungen von über 1.000 € handelt. Im Übrigen vertreten die Mitglieder des inneren Vorstands den Verband alleine, sofern der Vorstand nicht etwas anderes beschließt. Der Vorstand kann weiteren Personen schriftliche Vollmachten erteilen.

(6) Die Mitglieder des Bezirksvorstandes haben das Recht, an allen Beratungen nachgeordneter Organe oder Gliederungen des Bezirksverbandes teilzunehmen.

§ 7 – Kreiswahlversammlungen

(1) Zur Aufstellung von Wahlkreiskandidaten können Wahlkreisversammlungen einberufen werden, zu denen der Bezirksvorstand nach den gesetzlichen Bestimmungen die in dem Wahlkreis wahlberechtigten Parteimitglieder einlädt.

(2) Wenn ein Wahlkreis vollständig im Gebiet eines Kreisverbandes liegt, kann der Bezirksvorstand das Einladungsrecht an diesen Kreisverband delegieren.

(3) Wenn ein Wahlkreis über die Bezirksgrenzen hinausgeht, klärt der Bezirksvorstand die Frage der Einladung mit dem oder den betreffenden Nachbarbezirken. Sollte es zu keiner Einigung kommen, entscheidet der Landesvorstand.

(4) Im Übrigen gelten die Regelungen für Landeswahlversammlungen entsprechend.

§ 8 – Bundesdelegierte

Für die Wahl der Delegierten des Landesverbandes für den Bundesparteitag gelten die Vorschriften der Landessatzung.

§ 9 – Satzungsänderung

(1) Änderungen der Bezirkssatzung können nur von einem Bezirkspartei-Tag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.

(2) Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens zehn Tage vor Beginn des Bezirksparteitages beim Bezirksvorstand eingegangen ist und eine Woche vor dem Bezirksparteitag an alle Delegierten verschickt wurde. Satzungsänderungsanträge können keine Dringlichkeitsanträge sein.

§ 10 – Datenschutz

(1) Alle Mitglieder haben das Recht auf den Schutz ihrer personenbezogenen Daten.

(2) Der Bezirksverband führt personenbezogene Daten nur zum Zwecke der Mitgliederverwaltung und -information.

(3) Der Sprecher und Schatzmeister erhalten vom Landesverband eine regelmäßig aktualisierte Mitgliederliste, die grundsätzlich an niemanden weitergeleitet werden darf.

(4) Soweit andere Vorstandsmitglieder oder Beauftragte zur Ausübung der ihnen zugewiesenen Aufgaben Zugriff auf die Mitgliederliste oder Teile daraus benötigen, ist vor der Weitergabe der Daten ein Vorstandsbeschluss zu treffen, welcher den Zweck und Umfang der

Datennutzung umfasst. Durch den Vorstandsbeschluss dürfen ausschließlich Daten zugänglich gemacht werden, die für die Erfüllung der Aufgabe zwingend notwendig sind. Der Vorstandsbeschluss ist gegenüber dem Landesverband anzuzeigen

(5) Die unter Abs. 4 getroffenen Beschlüsse sind den Mitgliedern im Zuge des Rechenschaftsberichtes zu berichten.

(6) Daten, die einer Person durch einen Vorstandsbeschluss gemäß Abs. 4 zugänglich gemacht wurden, dürfen von dieser Person nicht an weitere Personen oder Einrichtungen weitergegeben werden, es sei denn, dass der Vorstandsbeschluss dies ausdrücklich normiert.

(7) Den Zugriff auf Mitgliederdaten erhält nur, wer die Datenschutzerklärung der Alternative für Deutschland zur Kenntnis genommen und unterzeichnet hat.

§ 11 – Auflösung und Verschmelzung

Für die Rechtswirksamkeit von Beschlüssen über die Auflösung oder Verschmelzung des Bezirksverbandes gelten die entsprechenden Regelungen der Bundessatzung.

§ 12 – Salvatorische Klausel, Inkrafttreten dieser Satzung

(1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen nicht berührt.

(2) Der Bezirksverband verpflichtet sich, die unwirksame oder nichtige Bestimmung zügig durch diejenige wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem rechtlichen Gewollten rechtswirksam möglichst nahe kommt.

(3) Beschlüsse und Wahlen des Bezirksparteitages können innerhalb von vier Wochen nach dem Bezirksparteitag vor dem Landesschiedsgericht angefochten werden. Das Landesschiedsgericht ist auch für sonstige Streitigkeiten innerhalb des Bezirksverbandes und der Kreisverbände sowie zwischen diesen zuständig.

(4) Die Satzung tritt mit Beschluss durch den Bezirksparteitag am 10. Mai 2013 in Kraft.

(5) Der Gründungsparteitag am 10. Mai 2013 wird als Mitgliederversammlung ohne Delegierte durchgeführt. Das gilt auch für weitere Bezirksparteitage, solange noch nicht alle Kreisverbände gegründet sind.

(6) Die Neufassung der Satzung des Bezirksverbandes Düsseldorf tritt am 16.06.2024 in Kraft.